

In Dresden fehlen noch 1500 Krippenplätze

Hohe Geburtenzahlen und Bauverzögerungen sorgen für einen Ansturm auf die Kindertagesstätten. Sozialbürgermeister Seidel will die Not mit Containern lindern.

VON CLAUDIA SCHADE

Dresden. Trotz eines groß angelegten Ausbauprogramms reicht der Platz an Dresdens Kindertagesstätten nicht aus. „Schon heute können wir für das nächste Jahr kaum noch Betreuungsplätze für 0 bis 3-Jährige vermitteln“, sagt Sozialbürgermeister Martin Seidel (parteilos). „Bis zum Juni 2012 wird das Defizit auf etwa 1500 Plätze anstei-

gen.“ Vor allem Familien, die nach der Elternzeit schnell einen Betreuungsplatz benötigten, müssten erhebliche Einschränkungen in Kauf nehmen.

Der Platzmangel hat zwei Gründe: Zum einen zeigen sich die Dresdnerinnen gebärfreudig wie nie. Bis 2015 rechnet die Stadt in ihrer neuen Prognose mit insgesamt 2100 Kindern mehr, die untergebracht werden müssen. Zudem ver-

zögern sich Bauvorhaben. Insgesamt 600 geplante Plätze werden nicht rechtzeitig fertig. So fehlen im Ortsamtsbereich Cotta bis 2015 insgesamt 719 Krippen- und Kindergartenplätze, im Bereich Prohlis 563 und in Pieschen 380. Auch in Blasewitz und der Neustadt kann die Nachfrage nach mehr als 300 Plätzen ohne Ausbau nicht erfüllt werden. Seidel will der Not nun mit Containern begegnen. 14 Stück mit

jeweils bis zu 120 Plätzen will die Stadt in den kommenden drei Jahren errichten. Sie sollen vor allem die Bauverzögerungen abfangen. Außerdem soll das Angebot bei Tagesmüttern und -vätern ausgebaut werden. Das könnte 250 Plätze extra schaffen. Kosten allein für 2012: zehn Millionen Euro. Bis 2015 will die Stadt 18,7 Millionen Euro in den Kita-Ausbau investieren.

Bericht ► Seite 13

Große Verluste für Putins Partei

Moskau. Die Partei des russischen Regierungschefs Wladimir Putin hat die Parlamentswahl gewonnen, aber deutliche Verluste erlitten. Geainetes Russland erhielt nach ersten Hochrechnungen 47,3 Prozent, teilte die Wahlleitung gestern Abend nach Auszählung eines Viertels der Stimmen mit. 2007 erreichte die

Partei 64,3 Prozent. Auch die Kommunisten (19,8 Prozent), die moderate Oppositionskraft Gerechtes Russland (12,8) und die Liberaldemokratische Partei von Ultranationalist Wladimir Schirinowski (11,4) ziehen Wählerbefragungen zufolge wieder in die Duma ein. (dpa)

Bericht ► Seite 4

Piraten wollen Grundeinkommen

Offenbach. Ein Grundeinkommen für alle. Freigabe von Drogen und Trennung von Staat und Kirche: Die Piratenpartei hat auf einem Parteitag am Wochenende in Offenbach die Internet-Nische verlassen und blickt bereits auf die Bundestagswahl 2013. Nach heftiger Debatte nahmen die Piraten mit 66,9 Pro-

zent der Stimmen das sozialpolitische Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens ins Programm auf. Außerdem fordern die Piraten eine Trennung von Staat und Kirche sowie die Freigabe des Konsums bisher illegaler Drogen. (dpa)

► Kommentar
Bericht ► Seite 2

KOMMENTAR

Claudia Schade
über Container in
Kitas und Schulen



Stadt muss schnell neue Plätze schaffen

Die Mitarbeiter der Kindertagesstätten haben es eher bemerkt. In dem Eigenbetrieb ist einige Jahre früher als beim Schulverwaltungsamt aufgefallen, dass die Geburtenzahlen steigen, die notwendigen Plätze für die Kinder aber fehlen.

Ein wenig spät, dann aber mit Elan hat sich der Eigenbetrieb an den Ausbau der Kitas gemacht. Daher können nun immerhin knapp 40 Prozent der Dresdner Eltern ihre Kinder unter drei Jahren in einer Kindertagesstätte oder von einer Tagesmutter betreuen lassen. Tendenz steigend.

Und dennoch kommt Dresden nun trotz eines groß angelegten Ausbauprogramms wieder in die Bredouille. Neue Prognosen zeigen: Wenn die Anstrengungen nicht noch verstärkt werden, fehlen im kommenden Jahr 1500 Krippenplätze.

Mobile Fertigteile können zum schnellen Beheben der Platznot sehr hilfreich sein. Auch für Schulen werden Container immer mehr in Betracht gezogen – zumal sie trotz ihrer Vorläufigkeit marode Gebäude mit desolaten Sanitäranlagen locker austauschen. Auch lassen sie sich schnell wieder abbauen, wenn sie nicht mehr gebraucht werden.

Dennoch darf über die schnelle Wirkkraft der Container der reguläre Kita- und Schulausbau nicht ins Hintertreffen geraten. Die Stadt muss jetzt zügig viele Plätze schaffen. Denn den Glauben daran, dass in absehbarer Zeit die Geburtenzahlen wieder sinken, haben die Prognosen der letzten Jahre klar widerlegt.

mail schade.claudia@dd-v.de

Dresdner Stadtrat Eberhard Rink ist tot

Der Dresdner Stadtrat Eberhard Rink ist am vergangenen Freitag gestorben. Der 64-jährige Unternehmer, der als Parteiloser der FDP Fraktion angehörte, hat sich offenbar das Leben genommen. Die Polizei ermittelt zu den Todesumständen, schließt aber Fremdverschulden aus. Weggefährten trauern um Rink. Er hatte sich zuletzt maßgeblich für den Erhalt des Hebbelbade in Cotta eingesetzt.

► Seite 1

FDP-Stadtrat Eberhard Rink ist tot

Der Unternehmer hat offenbar Selbstmord begangen. Weggefährten zeigen sich bestürzt.

Der Dresdner Unternehmer und Stadtrat Eberhard Rink starb am vergangenen Freitag gestorben. Der 54-Jährige hat sich offenbar das Leben genommen. „Die Kripo wurde um 14.46 Uhr informiert und stellte eine nicht natürliche Todesursache fest. Fremdverschulden kann ausgeschlossen werden“, sagt Polizeisprecher Heiko Perlebach.

Die Mitglieder der Dresdner FDP-Fraktion zeigten sich bestürzt vom Tode Rinks. „Wir trauern um einen guten Freund und Weggefährten. Eberhard Rink war als engagierter Stadtrat eine Säule der Fraktion. Er war uns mit seiner Bodenständigkeit, seiner Erfahrung als verantwortungsvoller, erfolgreicher Unternehmer und seinem Einsatz für Benachteiligte Vorbild und Maßstab zugleich“, sagte Holger Zastrow, der Vorsitzende der Dresdner FDP-Fraktion.



Eberhard Rink. Foto: Türpe

Rink gehörte der FDP-Fraktion im Stadtrat seit 2004 als parteilos Mitglied an. Der Diplom-Ingenieur war seit 1977 Inhaber eines mittelständischen Unternehmens für Sanitär-, Elektro- und Heizungstechnik mit zuletzt 64 Mitarbeitern. „Er engagierte sich persönlich und mit seiner Firma für die Dresdner Wirtschaft, den Sport, die Kulturlandschaft und für Menschen, denen es nicht so gut geht. Seine Leidenschaft galt nicht nur den Dresdner Eislöwen und der Philharmonie, sondern auch den Tschernobyl-Kindern in Volkersdorf“, so FDP-Presse sprecher Michael Deutschmann. Zuletzt sei es seinem persönlichen und finanziellen Engagement zu verdanken gewesen, dass im Sommer dieses Jahres das Hebbelbad gerettet werden konnte. „Sein weit über das Maß eines Stadtrates hinausgehendes gesellschaftliches Engagement, seine Erfahrung, seine Kraft und seine Leidenschaft werden uns allen schmerzlich fehlen“, so Deutschmann. (SZ/kh)

KARIN SCHLOTTMANN
über die Piraten und
das Grundeinkommen



Keine besonders schöne Utopie

Parteien müssen Utopien haben, sagen die Piraten. Ob es sich bei dem bedingungslosen Grundeinkommen um eine besonders schöne Utopie handelt, darf bezweifelt werden. Der Mehrheit aber gefiel der Gedanke, dass es keinen Zwang zur Arbeit geben dürfe und trotzdem niemand unter Armut leiden soll. Jedem soll ein individueller Rechtsanspruch auf diese Wohltat zustehen.

Der Finanzierungsvorschlag der Befürworter: Es werde schon genügend Gutverdienende geben, die all diejenigen finanzieren werden, die sich vom Erwerbsleben verabschiedet haben. Und dann wären da noch die finanziellen Mittel, mit denen Banken gerettet wurden. Um im Piratenjargon zu bleiben: Wie naiv ist das denn?

Dass der Beschluss keine Aussicht hat, jemals in die Realität umgesetzt zu werden, liegt auf der Hand. Auch die Piratenpartei hat in ihrem Beschluss Sicherungen eingebaut, auf die sich die Minderheit jetzt stützt: Eine Enquetekommission soll Modelle durchrechnen, und die Wähler sollen in einem Volksentscheid dazu befragt werden. Das Etikett, unbedarfte zu sein, bleibt an der Partei aber kleben.

WALTER KLEIBER

In Berlin sei das bedingungslose Grundeinkommen ein Baustein zum Wahlerfolg gewesen, hieß es. Das mag stimmen. In anderen Regionen dürfte diese Forderung abschreckende Wirkung haben. Im Mai wird in Schleswig-Holstein gewählt. Man darf gespannt sein, ob die Piraten im Norden dieses Themas im Wahlkampf in den Mittelpunkt rücken werden oder darauf hoffen, dass Wähler ohnehin keine Parteiprogramme lesen.

Der Piratenvorsitzende Nerz hatte in seiner Eröffnungsrede gesagt, die ersten Erfolge seien die Zeit der ersten Fehler, und diese Fehler könnten eine Partei spalten. Womöglich wurde in Offenbach ein erster Fehler begangen.

mail Schlottmann.Karin@dd-v.de

Genossenschaft senkt Leerstand auf drei Prozent

■ Innere Altstadt/Übigau
16 Millionen Euro hat die Wohnungsgenossenschaft Dresden 2011 investiert. Die sanierten Wohnungen sind bei Mietern gefragt.

VON PETER HILBERT

Der Sanierungskurs der Sächsischen Wohnungsgenossenschaft Dresden (SWG) zahlt sich aus. Der Leerstand ist weiter gesunken, teilt Genossenschaftsvorstand Mathias Schulze mit. Standen vor einem Jahr noch 315 der insgesamt 9.651 SWG-Wohnungen leer, so sind es jetzt nur 280. Somit ist dieser Anteil von knapp 3,3 auf 2,9 Prozent geschrumpft, rechnet Schulze vor. Vor zehn Jahren waren es noch 8,7 Prozent.

Um das zu erreichen, hat die SWG viel unternommen. Zu Wendezeiten waren drei Viertel des zwischen den 1920er- und Ende der 1960er-Jahre gebauten Wohnungsbestandes nicht mehr im besten Zustand. Bis auf einige Plattenbauten in Klotzsche war alles unsaniert. Seitdem hat die Genossenschaft 461 Millionen Euro investiert. Allein in diesem Jahr waren es rund 16 Millionen Euro.

Neue Fassade und Dämmung

So wurde kürzlich direkt am Postplatz die Komplettsanierung der Wohnzeile Am See 9–71 beendet. Dort waren die Handwerker seit 2008 aktiv. Zuletzt erhielt der 240 Meter lange Block eine farbige Fassade aus Faserzement und Glas, die sich diesem Gebiet anpasst. Zudem hat die SWG 200 Wohnungen auf der Schwind-, Thäter- und Zinggstraße innen modernisiert. Dort wurden unter anderem die Heizungsanlagen umgebaut und die Wasserrohre erneuert.

Insgesamt ließ die Genossenschaft in diesem Jahr Häuser mit 728 Wohnungen auf Vordermann bringen. „Wir sind sehr zufrieden, wie es gelaufen ist. Jetzt freuen sich die Mieter und wir auch“, resümiert Schulze. „Damit ist unser Wohnungsbestand zu 76 Prozent voll- und zu 24 Prozent teilmodernisiert.“ Im kommenden Jahr soll der Sanierungskurs fortgesetzt werden, kündigt der SWG-Vorstand an. Vorgesehen ist, bis zu 15 Millionen Euro zu investieren.